

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 11, Freitag, 28. Mai 2021

Importierter Antisemitismus

2

12 Prozent Mehrwertsteuer?

14

Getreideabkommen 1917 mit den USA

18



Früchte kopflos zugelassener Muslim-Masseneinwanderung

Importierter Antisemitismus

von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Vor allem in deutschen, teilweise auch bereits in Schweizer Städten werden Flaggen verbrannt. Flaggen des Staates Israel. Täter sind weder Deutsche noch Schweizer. Täter sind in Massen eingewanderte Muslime.



«Wir schaffen das!» beschied Bundeskanzlerin Angela Merkel den westeuropäischen Staaten, als sie vor sechs Jahren selbstherrlich rund anderthalb Millionen Asylrecht dreist missbrauchende Immigranten aus Nahost und Nordafrika ungeprüft nach Deutschland einströmen liess.

Auch Deutschlands Nachbarländer wurden Opfer des Massenzustroms, nicht zuletzt die Schweiz. Es seien hilfebedürftige Menschen, denen im Namen der Menschlichkeit ein «neues Zuhause» anzubieten sei, für dessen Unterhalt, mitsamt aller Zusatzwünsche, die hiesigen Steuerzahler aufzukommen haben – für Jahre, für Jahrzehnte.

«Alternativlos»

Dieses Vorgehen sei «alternativlos», wurde gleichsam «ex cathedra» die skeptische Öffentlichkeit abgefertigt. Von demokratischer Entscheidung keine Spur. Wer Bedenken zu äussern wagte, weil keinerlei Überprüfung der Einströmenden stattfand, bekam selbst von der Bundeskanzlerin die Rassismus-Keule zu spüren. Und das gesamte Politgefälle der Selbstherrlichen – ausgenommen die notorisch verunglimpftete AfD – stimmte in Merkels Verdikte ein, einstimmig, skrupellos. Am schrillsten forderten, auch in der Schweiz, die Grünen die vorbehaltlose Öffnung aller Grenzen. Und die Medien – in Deutschland wie in der Schweiz – verbreiten deren Litanei täglich in ödem Eintopf.

Deutschlands Staatsbürgerinnen und -bürger (etwas, das es gemäss Wahlprogramm der deutschen Grünen künftig gar nicht mehr geben dürfe) reagierten aufgeschreckt. Schweizerinnen und Schweizer kaum weniger. Das sträfliche Laissez-faire sowohl der Bundeskanzlerin als auch Bundesberns hat Tausende vom Asylrechtsmissbrauch profitierende Schmarotzer ins Land geschwemmt – aber nur wenige echte Flüchtlinge. Europa wird von den Millionen allerdings nicht bloss materiell ausgebeutet. Noch weit Gefährlicheres wurde «importiert».

Muslimischer Antisemitismus

Viel zu viele der sich als angeblich «arme und verfolgte Flüchtlinge» in Szene setzenden muslimischen Einwanderer entpuppen sich in Demonstrationen und Manifestationen in Frankreich, in Deutschland, in Österreich, zunehmend auch in der Schweiz als ruchlose

Gewaltaktivisten, als hart gesottene islamische Antisemiten. Sie sind gegen Israel, gegen alles Jüdische.

Merkel gab vor, es kämen «Verfolgte und Bedrängte». Aber es kamen auch Terroristen. Terroristen gegen die Juden!

Nicht genug damit. In unserem nördlichen Nachbarland lässt sich derzeit eine betont aggressiv auftretende Grüne von den Medien regelrecht ins Kanzleramt jubeln. Mit Forderungen, die an Masslosigkeit kaum übertreffbar sind: Mit der «Kultur», der in Jahrhunderten gewachsenen abendländischen Werte-Ordnung, sei endlich radikal abzufahren.

Rot-grüne Kultur-Zertrümmerung

Nichts gegen Schutzprogramme für Käfer, für Gräser, für Blumen, für alles, was da krecht und fleucht. Aber um solch grüne Anliegen kämpfen die Grünen nicht mehr. Das, was als «deutsche Kultur» gelte, das müsse endlich entsorgt werden – definitiv, für immer! So lauten die Kernartikel im Wahlprogramm der deutschen Grünen, die möglicherweise die nächste Bundeskanzlerin stellen.

Johann Sebastian Bach, Ludwig van Beethoven, Immanuel Kant, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Friedrich Hölderlin, Gotthold Ephraim Lessing, Theodor Fontane, aber auch Balthasar Neumann, Tilman Riemenschneider und tausend andere: Weg mit ihnen! Auf den Scheiterhaufen! Alles Deutsche, lässt sich der männliche Co-Präsident der dortigen Grünen verlauten, sei «zum Kotzen», gehört also auf einen neuen Index. Was als «Deutsche Kultur» gegolten habe, das seien, lamentieren Deutschlands Grüne, bloss Zerrbilder engstirniger Nationalisten. Und Deutschland sei bloss ein von willkürlich gezogenen Grenzen festgelegter Raum. Kulturelle Unterschiede: Erfindungen finsterner Rechter zwecks Ausgrenzung von Ungeliebten. Was im geografischen Raum, Deutschland genannt, lebe, sei gewiss kein «Volk». Bloss eine zufällig angeschwemmte Masse ohne Charakter, «alle gleich».

Rein zufällig hätten sich Millionen Menschen in diesem Raum ihre Bleibe ausgesucht. Und diese Masse – Individuen werden ebenso wenig geduldet wie persönliche Freiheit – gelte es zu regieren, wobei die Obrigkeit entscheide, was jedem an von Funktionären definiertem «Wohlstand» zugeteilt werde – im Rahmen der von der grünen Elite abschliessend festgelegten, alles

bestimmenden Klima-Erfordernisse. Persönliche Leistung wird als nichtig erklärt. Der gesicherte Grundlohn garantiere jedem die Existenz. Der Staat, idealisiert als Klima-Retter, lenke das Wohlbefinden aller.

Grüner Kommunismus

Kommunismus in Reinkultur, einfach grün eingefärbt. Wer je noch die Absicht bekunde, Deutscher sein zu wollen, sei als Rassist auszumerzen. Allein dem von der grünen Obrigkeit gelenkten Menschenkollektiv sei eine Zukunft gesichert, frei von individuellen Eigenheiten. So dekretiert es das rot-grüne Politbüro.

Möchten Sie's, geschätzte Leserinnen und Leser, im Original-Wortlaut vernehmen? Bitte! Zitate linksgrüner Vordenker liegen zuhauf vor.

Daniel Cohn-Bendit, auch vom Schweizer Fernsehen gefeierter Zeitgeistler, hielt (modischem Neusprech noch nicht ganz gewachsen) fest:

«Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.»

Dass damit Kultur und Recht verschwinden, illustriert die Grüne Petra Klamm-Rothberger, wenn sie eine Vergewaltigung mit Todesfolge kommentiert:

«In der Heimat des Täters werden vergewaltigte Frauen zum Tode verurteilt. Deshalb musste er sie nach der Vergewaltigung töten. Für diese kulturellen Unterschiede müssen wir Verständnis haben.»

Da erstaunt auch der Ratschlag von Renate Künast, einst grüne Bundesministerin, nicht mehr:

«Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal Türkisch lernen.»

Und Claudia Roth, Dauergast der Grünen in deutschen Fernseh-Talkshows, äusserte sich zur muslimischen Massenattacke auf junge deutsche Frauen wie folgt:

«Die Vorfälle am Kölner Bahnhof kann man als Hilferuf aller Flüchtlinge werten, weil sie sich von deutschen Frauen sexuell ausgegrenzt fühlen.»

Schrankenlose Ich-Sucht

Wollen wir uns in die Ausrede flüchten, all das Zitierte seien schliesslich sich auf Deutschland beziehende Stellungnahmen allein deutscher Grüner? Machen wir uns

Fortsetzung auf Seite 5

Dringliche Frage an die CO₂-Gesetz-Apostel

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

nichts vor: Die Schweizer Grünen bewegen sich längst im Kielwasser ihrer deutschen «Vorbilder». Auch in der Schweiz findet massive Agitation gegen die unser Zusammenleben prägenden Strukturen statt: «Genderismus» zerstört Familie um Familie, bizarres Sternli-Neusprech und hektische Reformitis zerstören unser Bildungswesen. Gott soll aus der Bundesverfassung verjagt werden. Nichts leistende Abzocker melken egoistisch die öffentlichen Haushalte, die Leistungsträger dabei pauschal als Ausbeuter diffamierend. Im Parlament führen Wesen (geschlechtliche Zuordnung ist dort verpönt) das grosse Wort, die noch nie auch nur einen einzigen Franken für ihren eigenen Lebensunterhalt verdient haben, die vom Hörsaal direkt in den Ratssaal geschwemmt worden sind.

Wo sich schrankenlose Ich-Sucht Bahn bricht, wird alles, was frühere Generationen geschaffen und aufgebaut haben, dem Verderben preisgegeben – diffamiert, attackiert, bekämpft. Die Sprache, einst der Verständigung mit gleich oder anders Denkenden und Handelnden dienend, wird zur ideologischen Waffe, die gnadenlos diffamiert, wer an obrigkeitlich vorgegebenen Meinungen zweifelt. Da setzen sich totalitäre Allüren durch. Neuer, linksgrüner Totalitarismus droht.

Und einmal mehr in der Geschichte zeigt sich: Wo Totalitarismus die Oberhand gewinnt, wo Zweifler fertiggemacht werden, da beginnt auch der Antisemitismus zu wuchern. In Europa ist es importierter Antisemitismus, per verfassungswidriger muslimischer Masseneinwanderung ins Land geschwemmt – die Schuldigen an der Masseneinwanderung befremdlich kalt lassend.

Natürlich distanzieren sich einige wenigstens verbal vom muslimischen Antisemitismus. Die Wurzel des Übels, die unkontrollierte muslimische Einwanderung rühren sie indessen nicht an – jene, die Masseneinwanderung einschränken wollen, bereitwillig in den Dunstkreis des Rassismus platzierend.

Wir gehen schwierigen Zeiten entgegen. Wehret den Anfängen!

us



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Schaden um jeden Preis



Wieder einmal wird unter Missbrauch eines bundesrätlichen Geheimpapiers der Schweiz Schaden bereitet.

Der Rahmenvertrag, den die EU der Schweiz aufzwingen will, wird nach langem Hin und Her von einer Bundesrats-Mehrheit (darunter befinden sich sogar notorische EU-Turbos) als nicht annehmbar erachtet. Dass aber ein Schweizer Nein zu diesem Vertrag in Brüssel politische Repressalien auslösen wird, entspricht bekanntem Brüsseler Machtgehabe. Dass sich der Bundesrat auf solche Repressalien vorbereitet, ist unausweichlich. Und dass er seine Reaktionen auf zu erwartende Repressalien nicht an die grosse Glocke hängt, ist nachvollziehbar.

Aber genau diese Vorbereitungen – sie sind im Detail nicht einmal den Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat zur Kenntnis gebracht worden – sind nunmehr verraten worden. Da sie den Parlamentariern vorenthalten wurden, kann der Verrat allein aus der Verwaltung oder von einem Bundesrat (oder aus einer Kombination beider Möglichkeiten) erfolgt sein.

Der begangene Verrat beleuchtet zunächst den Charakter des Täters: Ein vom Bund – also von den Steuerzahlern – grosszügig entlohnter Spitzenfunktionär frönt seiner EU-Sucht, indem er dem ihn besoldenden Staat, solange sich dieser der EU nicht unterwerfen will, jeden möglichen Schaden zuzufügen bereit ist.

Bundesrätliche Geheimpapiere sind immer einzeln nummeriert – auf jeden einzelnen Empfänger ausgerichtet. Als Verräter kommen sehr wenige Persönlichkeiten in Frage. Im Dienst der Handlungsfreiheit des Landes in wichtigen Angelegenheiten ist es unbedingt erforderlich, den Verräter zu eruieren und spürbar zu bestrafen – und umgehend aus dem Bundesdienst zu entlassen. Wer, hoch entlohnt, dem eigenen Land, welchem zu dienen er vorgibt, schweren Schaden zuzufügen bereit ist, hat in der Verwaltung ebendieses Staats nichts mehr verloren.

Radio SRF und einzelne Medien, EU-versessen, suhlen sich regelrecht im erfolgten Verrat – obwohl im verratenen Geheimpapier eigentlich nichts steht, das jene, die sich mit EU-Problemen sorgfältig befassen, nicht bereits wissen. Diesen sich am Schaden der Schweiz erfreuenden Medien gegenüber könnten Eidgenossen reagieren: Mittels Brechung des faktischen SRF-Monopols.

Ulrich Schlier

Spalte
rechts

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch
Onlineshop: www.4spa.ch



Fi – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Bürgerkrieg in den USA

Floyd und die Folgen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Der Tod eines Schwarzen in den USA führte zu gewalttätigen Ausschreitungen weltweit. Doch was ist eigentlich passiert, und was sind die wirklichen Folgen?



Der hünenhafte George Floyd ist polizeibekannt: Unter anderem wegen Drogendelikten, Diebstahl, Hausfriedensbruch, Weigerung der Identifizierung gegenüber einem Polizeibeamten sowie Raub mit einer tödlichen Waffe sass er mehrere Jahre im Gefängnis. Am 25. Mai 2020 abends kauft er im Muskelshirt in Minneapolis eine Schachtel Zigaretten. Wegen Verdachts auf Falschgeld rufen Mitarbeiter des Shops die Polizei. Auf sie wirkt Floyd «schrecklich betrunken» und «ausser Kontrolle».

er sich langsam zu beruhigen. Die unter Adrenalin stehenden Polizisten bemerken aber nicht, dass Floyd sich nicht beruhigt hat, sondern nicht mehr atmet, weil ein Polizist sein Knie auf den Nacken des Hünen drückt. Floyd stirbt.

Aufruf zum Polizistenmord

Der Tod des ehemaligen Verbrechers löst wochenlange bürgerkriegsähnliche Zustände in den USA aus. Der hauptverantwortliche Polizist hat Glück, dass er nicht am nächsten Baum aufgeknüpft wird, und es ist klar, dass er keinen fairen Prozess erhalten wird. Die Geschworenen werden nämlich nicht wie üblich von der Aussenwelt abgeschottet, und in den sozialen Medien wird dazu aufgerufen, zum Prozessgebäude Waffen mitzubringen. Auf den Strassen wird auf Demos der «Black-Lives-Matter»-Bewegung in Sprechhören dazu aufgerufen, weisse Polizisten zu töten. Keiner der Geschworenen wird es wagen, den Polizisten nicht zu verurteilen, auch wenn keineswegs klar ist, ob er wirklich einen Fehler gemacht hat. Und so wird dieser in Windeseile in allen Anklagepunkten der Tötung des Schwarzen für schuldig befunden. Er wird den Rest seines Lebens wohl im Gefängnis verbringen.

Unter dem Einfluss von Crystal Meth

Tatsächlich hat Floyd diverse Drogen intus, unter anderem Crystal Meth, eine Droge, die erregt und aggressiv macht. Als einer der herbeigerufenen Polizisten Floyd kontrollieren will, legt der seine Hände entgegen der Vorschrift nicht aufs Steuer sondern wird laut, öffnet die Türe und fuchtelt herum. Es kommt zu einer Rangelei. Floyd verhält sich merkwürdig, einmal weinerlich, dann wieder aggressiv.



George Floyd wird festgenommen

«I can't breathe»

Als er ins Polizeiauto gesetzt werden soll, wehrt sich Floyd nach Leibeskräften und schreit. Er ruft immer wieder, er könne nicht atmen («I can't breathe»), obwohl seine Atmung zu dem Zeitpunkt nicht eingeschränkt ist. Dann eskaliert die Situation vollends. Als die Polizisten versuchen, Floyd auf der Strasse zu fixieren, schlägt dieser aus, wehrt sich nach Kräften und schreit weiterhin, er könne nicht atmen. Erst als sich die drei oder vier Polizisten auf den riesigen Floyd knien und er sich kaum mehr bewegen kann, scheint

Polizeiarbeit künftig erschwert

Das Urteil wird – einmal mehr – in den USA, aber auch hierzulande, die Polizeiarbeit erschweren. Die Ordnungshüter werden sich im Umgang mit Minderheiten zurückhalten und einen Verbrecher lieber laufen lassen als lebenslang ins Gefängnis zu wandern.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Verwaltungsratspräsidenten, deren Banken gravierende Fehlspekulationen tätigen, sollen gemäss «Politikern und Experten» für eingetretenen Schaden persönlich haften. Warum nur Banker? Warum nicht auch Schaden anrichtende Bundesfunktionäre? Zum Beispiel Task force-Angstmacher, die mit der Voraussage der im Juni 2021 eintretenden grössten jemals erlebten Corona-Welle mit zehntausend Fällen täglich die Aufhebung der Wirtschaftsstilllegungs-Massnahmen erheblich verzögert und damit weiteren Milliarden Schaden verschuldet haben? Wer sich an Bank-Spekulationen beteiligt, tut das freiwillig, die Opfer der Corona-Stilllegungsmassnahmen standen dagegen unter staatlichem Zwang, der ihnen jegliches Ausweichen verunmöglichte.

us

Leserbriefe

Nein zum Covid-Gesetz – Ja zur Freiheit

Dank dem erfolgreichen Referendum durch die «Freunde der Verfassung» können wir am 13. Juni über die vom Parlament beschlossenen Zwangsmassnahmen (Covid-19-Gesetz) entscheiden. Seit mehr als einem Jahr werden wir als einst freie Bürger durch willkürliche Entscheide aus Bundesbern in unseren verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechten eingeschränkt. Milliarden an Steuergeldern wurden und werden verschleudert, unzählige Arbeitsstellen und Existenzen sind vernichtet, unser soziales und gesellschaftliches Zusammenleben geriet aus den Fugen. Die «Staats-Allmacht» traf uns mit voller Wucht. Es wird an der Zeit, sich gegen diese Art von Tyrannei zu erheben. Freie Bürger, welche eigenverantwortlich denken und handeln, brauchen weder heute noch morgen ein Gesetz, welches die Machtbefugnisse für unsere Regierung derart zementiert und uns die Luft zum Atmen nimmt. Die Drohung, dass die Finanzhilfen nur via Covid-Gesetz gesichert seien, ist absurd. Dazu liegt bereits ein Vorstoss von SVP-Nationalrat Pirmin Schwander vor, welcher mit ein wenig gutem Willen bereits in der kommenden Sommersession von unseren Räten verabschiedet werden kann. Ein Nein zum Covid-Gesetz am 13. Juni schafft hierfür die Grundlage.

Bernhard Diethelm, Vorderthal SZ

Nein zu dieser krummen Tour

In der «NZZ» vom 10. Mai 2021 war zu lesen: Rund 1'100 der grössten schweizerischen Energieverbraucher zahlten bisher keine CO₂-Abgabe, die gemäss neuem Gesetz noch massiv steigen soll. Diese Firmen hoffen, dass das Gesetz angenommen wird, damit alles so bleibt, wie es ist – für sie also abgabenfrei. Dies erklärt auch, weshalb sich Economiesuisse, Swissem und andere lautstark für ein Ja einsetzen. Ziemlich vage hiess es weiter, dass die betreffenden Unternehmen mit relativ grossem CO₂-Ausstoss sich gegenüber dem Bund verpflichtet hätten, ihre CO₂-Emissionen zu verringern, was auch überprüft werde. Das war's dann. Ebenso hiess es im NZZ-Text: Falls die Abgaben-Befreiung wegfalle infolge Ablehnung des Gesetzes, plane man, ins Ausland wegzuziehen, wo die Auflagen nicht oder kaum bestehen.

Hanspeter Bornhauser, Bedano TI

Nationalparkregion Engadin (GR)

Zu verkaufen – Gepflegte Parterreferienwohnung (Häuschen, Baujahr 2007), als Zweitwohnung, mit 755 m² Umschwung.

2 Doppelschlafzimmer/Küche/
Wohnbereich/Dusche, WC.
Parkplatz und Sitzplatz vor
dem Häuschen.

Preis auf Anfrage: 079 794 38 62



Eine reine Umverteilungs-Maschinerie

Das neue CO₂-Gesetz ist eine reine staatliche Umverteilungs-Maschinerie. Die Hauseigentümer und die Autofahrer werden einmal mehr geschröpft. Um dann wird das abgeknöpfte Geld für grüne, bürokratische Projekte eingesetzt. Diese staatliche Um-Verlagerung ist undemokratisch und staatspolitisch bedenklich. Unser Gewerbe ist jetzt schon vorbildlich und innovativ – es braucht kein neues CO₂-Gesetz. Was wir in der Schweiz bis anhin für unsere Umwelt erreicht haben, haben wir ohne dieses CO₂-Gesetz erreicht. Unser Land ist ohnehin nur für einen winzigen Bruchteil des gesamten weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich. Zudem werden weltweit immer noch neue fossile Kraftwerke gebaut. Die Schweiz ist im Vergleich mit anderen Ländern eine Vorreiterin, was die Umwelt-Strategie betrifft. Darum Nein zu diesem Unsinn!

Koni Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Werk von Banausen

Die gegen unsere Landwirtschaft gerichteten Initiativen sind das Werk von Banausen. Ich bin in einer Landgemeinde aufgewachsen. Während dem Krieg mussten wir Kinder bei den Bauern arbeiten. Dabei habe ich viel gelernt über Pflanzen und Bäume. Alle Schulkinder wurden aufgeboten, um die Larven des Coloradokäfers von den Kartoffelstauden abzulesen, weil sonst die gesamte Ernte zerstört worden wäre, denn es gab noch keine Spritzmittel gegen diese Schädlinge. Sollte das wieder vorkommen, empfehle ich den Befürwortern der Initiativen, diese Arbeit zu übernehmen. Ich hatte später einen grossen Garten mit Himbeeren, Kirschen, Äpfeln, Birnen, Nektarinen und Reben und konnte meine Erfahrungen anwenden. Weil schon damals über Schäden durch chemische Mittel gemunkelt wurde, habe ich für einmal auf das Spritzen verzichtet. Sämtliche Früchte waren voller Würmer und ungeniessbar. Es ist klar: Ohne einen minimalen Pflanzenschutz sinken die Erträge massiv, und die fehlenden Nahrungsmittel müssen durch Importe ergänzt werden, die natürlich mit chemischen Mitteln behandelt sind. Wer könnte einen solchen Mist befürworten?

Heinrich Frei, Weinfelden TG

Die Schweizer stehen früh auf – und erwachen spät

Bundesrat, Parlament und Medien verheimlichen eine lästige Tatsache: Das Covid-19-Gesetz ist gültig bis Ende 2031! Dabei werden Ängste geschürt mit der Behauptung, eine Ablehnung würde viele Arbeitsplätze und die dringend benötigte finanzielle Unterstützung gefährden. Richtig ist: Die Entschädigungen laufen bis 25. September 2021 weiter. Für die Zeit danach muss das Parlament die Finanzhilfe lediglich in ein Gesetz oder einen Bundesbeschluss überführen. Ein entsprechender Vorstoss ist bereits eingereicht. Eine lückenlose Sicherstellung der Entschädigungen ist also problemlos möglich. Die Verknüpfung des Covid-Notrecht-Regimes mit der Entschädigungsfrage ist reine Erpressung. Darum am 13. Juni Nein zum Covid-19-Gesetz!

Viktor Nell, Ampolla (Tarragona)

Zur «Verklärung der Frau Wagenknecht»

Die Rezension von Kantonsrätin Nina Fehr Düsel (SZ Nr. 10/2021) über Sahra Wagenknechts neuestes Buch «Die Selbstgerechten» ist gut. Hingegen bin ich mit dem letzten Abschnitt nicht einverstanden. Sahra Wagenknecht hat Mut und verfügt über ein brillantes Denken. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ihre Reflexionen im «Tages-Anzeiger» vom 11.9.2015: «Das Europäische Parlament ist unendlich weit weg von den Bürgern (...). Die Schweiz ist doch ein wunderbares Beispiel, wie direkte Demokratie funktioniert. Wäre sie Mitglied der EU, könnten die Bürger über vieles gar nicht mehr abstimmen (...). Schon heute mischt sich die EU-Kommission vom Bankensystem bis zur kommunalen Daseinsvorsorge in die Belange der Mitgliedstaaten ein. Und in Zukunft wollen Brüsseler Technokraten sogar in die Lohnpolitik hineinregieren.» Einfach brillant von Frau Wagenknecht.

Elisabeth von Wartburg, Therwil BL

Verzerrt, falsch und ehrverletzend

Was die «Weltwoche» (Nr. 19/2021) über den Sonderermittler Dr. Stefan Keller in Sachen geheime Treffen Lauber/Infantino schreibt, ist verzerrt bis falsch und ehrverletzend. Ich kenne Stefan Keller seit vielen Jahren als fachlich und charakterlich hervorragenden Juristen und Richter und habe mich auch mit seiner bisherigen Arbeit im Fall Lauber/Infantino auseinandergesetzt. Was hinterfragt werden muss, ist doch der

Entscheid des Bundesstrafgerichts, der auch laut einer umfassenden Analyse durch den «Nebelspalter» mehr als fragwürdig ist und offensichtlich politische Gründe hat. Ist das Bundesstrafgericht, das von Christoph Mörigeli Partei in der Vergangenheit oft kritisiert worden ist, nun plötzlich sakrosankt? Offenbar will man mit dem Angriff auf Keller einen fähigen Sonderermittler kaltstellen, weil dieser der Sache auf den Grund geht, was für Gianni Infantino und die allmächtige FIFA unangenehm werden könnte. Es ist wohl kein Zufall, dass der FIFA-Präsident den Sonderermittler in der Vergangenheit mehrfach mit Klagen eingedeckt hat, die dann aber in aller Regel abgewiesen wurden.

Hans Hess, Sarnen OW

Grenzen schliessen statt neue Gesetze machen

Ich lese die Beiträge von Markus Melzl in aller Regel gerne, weil sie die Realität in den Bereichen (Ausländer-)Kriminalität, Polizei, Strafrecht und Terrorismus ungeschminkt darstellen. Ich bitte Herrn Melzl jedoch, sich vermehrt dafür einzusetzen, dass das Hauptübel an der Wurzel angepackt wird: Statt neue Gesetze zu produzieren, die noch mehr Beamte, noch mehr Bürokratie, noch mehr Polizei, noch mehr Einschränkung unserer Bürgerrechte und noch höhere Kosten mit sich bringen, ist es an der Zeit, die Grenzkontrollen zu verschärfen und Illegale sofort wegzuweisen.

Peter Jenny, Rothenburg LU



Vins Précieux

H. J. Senn SA

CH-8703 ERLENBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

seit 40 Jahren



Herausragende Weine

Exzellente
Grand Cru Champagner
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene
rote und weisse
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine
vom Kap der
Guten Hoffnung

Schluss mit rot-grüner Bevormundung:

Am 13. Juni

3x NEIN



Weil **CO₂-Gesetz** sowie **Trinkwasser-** und **Pestizid-Initiativen** der Landwirtschaft **schaden!**

Darum auch NEIN zum CO₂-Gesetz:

- Allein der Aufschlag von 12 Rappen pro Liter beim Diesel wird im Durchschnitt **pro Landwirtschaftsbetrieb ca. Fr. 500.– Mehrkosten** verursachen.
- **Mehrkosten zum Heizen der Treibhäuser** sind nicht tragbar.
- Die erzwungene Reduktion von Klimagasen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels wird nur mit einer **massiven Reduktion des Tierbestandes** und mit einer Verminderung des Fleischkonsums möglich sein. Wollen wir das?



Die Partei des Mittelstandes

Darum: **3x NEIN**

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch



Justitia liebt Bares



Wer hierzulande dem Glauben frönt, es genüge, Recht zu haben, um vor Gericht Recht zu erhalten, zeigt sich mässig informiert. Der Gang zum Gericht ist längst zum nationalen Luxusgut mutiert! Wenn so mancher Bürger oder KMU-Unternehmer davor zurückschreckt, via Gerichtsklage sein Recht zu erkämpfen – dann, weil er weiss, dass die Prozesskosten ihn auch im Bagatellfall ruinieren können.

Kostenaufstellung der Gerichte: Noch vor Verfahrensöffnung wird z.B. im Kanton Zürich nach Gebührenrechner ein Kostenvorschuss von knapp 2'500 Franken fällig. Dabei muss es in der Streitsache nicht um hohe Beträge gehen. Ein Gerichtsstreit zu Miete oder um Lohnfortzahlung kann leicht dazu führen, dass eine Streitpartei in finanzielle Bredouille gerät.

Schlimm dran ist dabei der Kläger, der den Prozess verliert. Das Kostenrisiko ist vorab meist unabwägbar, hat er bei einer Niederlage doch für die Parteientschädigung des Gegenanwalts ebenso aufzukommen wie für die eigene Rechtsvertretung. Geht das Verfahren an die

nächste Instanz, wird es für den Normalverdiener rasch unerschwinglich. Vorbei die goldenen Zeiten, als man (bis 2011) noch einen Prozess in der Erinstanz bis hin zum Urteil (ausser dem Eigenanwalt) kostenfrei führte!

Ein Lichtblick: Die anstehende Reform der Zivilprozessordnung sieht vor, Kostenvorschüsse zu reduzieren, um Nicht-Betuchte vor Gericht nicht zu benachteiligen. Doch weiterhin legen die Kantone die Höhe der Vorauszahlung fest, was die Krux nicht beseitigt, sondern nur «schönt». Immer noch gilt bei einem Rechtsstreit für Reiche «Sieg vor Start». Am besten fährt, wer gar kein Geld hat und dies nachweist. Vater Staat übernimmt für Mittellose die unentgeltliche Rechtspflege, also die Gerichtskosten. Serienstraftäter «Carlos» alias Brian K. grinst klammheimlich: Die Prozesse, die er mit ständigen Gewalttaten lancierte, führte er kostenlos nach helvetischem Grundprinzip «Es zahlt wie stets der Mittelstand».

Erfordert unser ungerechtes Gerichtskosten-System dringende Reformen? Ja, vorausgesetzt, sie zementieren sich nicht als alte Mängel mit neuen Gesetzen.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Drama in vier Akten – politisch korrekt!

Unzensuriert



Welche Bedeutung hat politische Korrektheit hierzulande im privaten und öffentlichen Leben? Die «Vorfälle» um Dennis Aogo Anfang Mai in Deutschland, hier nacherzählt in vier Akten, liefern anschauliche Antworten.

1. Akt: Jens Lehmann war Aufsichtsrat einer Gesellschaft innerhalb des Fussballclubs Hertha BSC. Er versandte privat via Handy eine Nachricht, in der er sich über den dunkelhäutigen Ex-Fussballer Dennis Aogo wie folgt äusserte: «Ist Dennis eigentlich euer Quotenschwarzer?» Dumm nur: Lehmanns Nachricht ging direkt an Aogo selbst, der sie Anfang Mai auch gleich öffentlich machte. Es folgte ein Sturm der Entrüstung gegen Lehmann. Dieser entschuldigte sich, das Mandat im Hertha-Aufsichtsrat verlor er dennoch.

2. Akt: Am 4. Mai 2021 war Aogo als Experte zur Kommentierung eines Fussballspiels im TV zu sehen. Dabei sprach er beiläufig von «Trainieren bis zum Vergasen». Der Begriff «Vergasen» ist mit dem Holocaust konnotiert. Sofort entlud sich ein Sturm der Entrüstung, jetzt gegen Aogo selbst. Er erhielt sogar Morddrohungen. Aogo entschuldigte sich für die Wortwahl, die Kommentatoren-Tätigkeit beim Sender lässt er vorerst ruhen.

3. Akt: Boris Palmer, grüner Oberbürgermeister von Tübingen, warnte am 7. Mai 2021 auf Facebook, diese

Kultur der politischen Korrektheit mache «uns zu höri- gen Sprechautomaten». Dann versuchte sich Palmer in Satire, indem er einen in der Vergangenheit gegenüber Aogo anonym erhobenen, bizarren und vulgär-rassistischen Vorwurf wiederholte. Palmer unterstrich nur Stunden später, dass es ihm um Satire gegangen sei: Mit dem Stilmittel der Ironie, einen Schwarzen zum Rassisten zu erklären, sei er einer «abstrusen Provokation» entgegengetreten.

4. Akt: Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock erklärte am 8. Mai 2021, Palmer habe die Unterstützung in der Partei verloren, und sie zog einen Parteiausschluss in Erwägung. Noch am selben Tag leiteten die Grünen von Baden-Württemberg auf einem digitalen Parteitag ein Parteiordnungsverfahren gegen Palmer ein.

Fazit des Vieraktens: Verlorene bzw. sistierte Mandate trotz Entschuldigungen, notabene auch zu Lasten des dunkelhäutigen Aogo, der zudem Morddrohungen erhielt, maximale öffentliche Entrüstung und ein möglicher Parteiausschluss eines populären Oberbürgermeisters – alles innert weniger Tage. Politische Korrektheit sollte einst dem Respekt der Menschen untereinander dienen. Heute ist sie zu einem Vehikel der ungestümen Intoleranz geworden.

Patrick Freudiger

Illegale Migranten werden mit Millionenbeträgen durchgefüttert



Zahlen Sie gerne hohe Steuern? Falls Sie in der Stadt Zürich leben, wissen Sie immerhin, warum der Staat Ihnen tief in die Tasche greift. Die verhältnismässig kleine Stadt beschäftigt einen riesigen Beamtenapparat, der fast so gross ist wie jener der EU-Kommission. Zudem brütet Rot-Grün ein wohlstandsfeindliches Vorhaben nach dem anderen aus. Der neuste Flop aus dem linken Irrenhaus: Die Stadtverwaltung füttert illegale Migranten mit Steuergeldern grosszügig durch. Weil dafür keine gesetzliche Grundlage besteht, zahlt die Stadt die Millionenbeträge an private Organisationen. Diese verteilen die Steuergelder dann nach eigenem Gutdünken an die illegalen Migranten weiter. Der ganze Irrsinn läuft unter dem wohlklingenden Begriff «wirtschaftliche Basishilfe».

Und wer sind diese sogenannten «Sans Papiers», die sich illegal in unserem Land aufhalten und nun in den Genuss der Millionenbeträge kommen? Gemäss einem offiziellen Bericht sind eine grössere Anzahl davon abgewiesene Asylanten sowie Straftäter und Sozialhilfeabzocker, denen die Aufenthaltsbewilligung

entzogen wurde. Migranten, die wegen massiver Sozialhilfeabhängigkeit die Schweiz verlassen müssen, füttert die Stadt Zürich nun mit einer eigenen Sozialhilfe grosszügig durch. Dieser Umstand, und dass illegale Migranten überhaupt staatliche Unterstützung erhalten, ist ein absoluter Skandal. Wer illegal in der Schweiz ist, muss gemäss dem Rechtsstaat unser Land verlassen oder ausgeschafft werden.

Die «wirtschaftliche Basishilfe» öffnet aber für den Missbrauch Tür und Tor. Die Stadt hat keine Kontrolle, wohin die Millionenbeträge wirklich fliessen. Zocken ausländische Sozialhilfebezüger zusätzlich die «wirtschaftliche Basishilfe» ab? Gehen Bezüger zu mehreren privaten Organisationen, um doppelt und dreifach Gelder zu beziehen? Spricht sich herum, dass die Stadt Zürich illegale Migranten grosszügig durchfüttert, wird die Schweiz zu einem noch einem stärkeren Magnet für solche Subjekte aus aller Welt. Wir müssen den rot-grünen Irrsinn endlich stoppen!

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.



Das Büro Ha deckt auf!



Es geht am laufenden Band weiter mit der Islamisierung Europas. Und von den Europäern, die Anfang der 70er Jahre in Marokko und Tunesien über Nacht enteignet und des Landes verwiesen (oder gar ermordet) wurden, spricht hier niemand.

*

Zum glücklosen Lehrplan 21 (LP21). Jetzt ist das KV mit einer «Reform» dran. Die KV-Berufslehre soll auf ein Profil eingeschränkt werden. Es gibt nur noch eine Fremdsprache als Pflicht (E), und Französisch wird Wahlfach. Je nach Kanton.

Das ist nichts anderes als das programmierte Chaos. Darum haben wir ja Früh-Französisch (mit Singen und Spielen) eingeführt! Eigentliche Fächer gibt es nicht mehr. Wie im LP21 gibt es «Kompetenzen»; also die Kompetenz haben zu einer Tätigkeit – von Können und Wissen spricht niemand. Hier ein kleiner «Kompetenz»-Auszug betr. Sprache: «Sind fähig, Beiträge für die interne Kommunikation zu erstellen, zu bearbeiten und über Medien wie Newsletter, Anschlagbrett, Intranet oder Hauszeitung zu veröffentlichen.» Einfacher wäre, einen Zettel ans Anschlagbrett zu heften ...

Tis Hagmann



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Selbstverantwortung im Alltag – Interview mit Simon Schefer, Innova, Wattwil SG

Krise: Wie vorsorgen?

Bis zur zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts war eine gewisse Vorratshaltung als Krisenvorsorge für viele Schweizer Haushalte selbstverständlich.

Mit dem Geschäftsmodell «Just in Time», von tausenden Firmen in die Tat umgesetzt, ging die Selbstverständlichkeit solch persönlicher Vorsorge zunehmend verloren. Alles schien in Supermärkten jederzeit greifbar. Internationale Speditionsunternehmen schienen mit raffiniert ausgefeilter Logistik die globale Versorgung der Menschheit im Griff zu haben. Heute, nachdem eine völlig unerwartete «Lockdown-Ausrufung» vor Jahresfrist einen von niemandem vernunftmässig erklärbaren europaweiten Sturm auf WC-Papier ausgelöst hatte, gewinnt die Überzeugung von Selbstverantwortung auch bezüglich der eigenen Versorgung wieder an Boden: Was jederzeit unbedingt benötigt wird, davon sollte man eine gewisse Menge als Vorrat in eigenen Haushalt zur Verfügung halten.

Die Frage nach dem Wie

Wie aber wird das Bedürfnis, fürs eigene Wohl vorzusorgen, konkret umgesetzt? Aus dieser Fragestellung hat die im toggenburgischen Wattwil domizilierte Firma Innova ihre Geschäftsidee entwickelt. Zunächst hat sie Verfahren ausprobiert und angewendet, wie die Haltbarkeit existenzwichtiger Lebensmittel deutlich verlängert werden kann. Und wie die Möglichkeit verbessert wird, grössere Volumina existenzsichernder Lebensmittel im eigenen Haus in Vorrat zu legen. Mit der Technik der Gefriertrocknung wurde dies möglich. Grundnahrungsmittel sowohl für Vegetarier als auch für Fleischliebhaber können in gefriergetrocknetem Zustand portioniert bis zu fünfzehn Jahre in Vorrat gehalten werden. Und zur Aufbereitung ist danach lediglich Wasser erforderlich.

Innova

Die Firma Innova in Wattwil ist eigentlich österreichischen Ursprungs. Simon Schefer hat die Firma aufgekauft und nach Wattwil verlegt. In Wörgl/Österreich hat sie ihren Zweitsitz. Von beiden Standorten aus werden heute Bestellungen aus ganz Europa abgewickelt. Zu deren Bekanntmachung dient die Website. Ein weitverzweigtes Netz von Wiederverkäufern ist entstanden und wird laufend erweitert.

Simon Schefer rät jedem Haushalt, gefriergetrocknete Grundnahrungsmittel in einem Umfang von bis zu fünfzehn Kilogramm am eigenen Wohnort als Vorrat einzulagern. Damit kann über längere Zeit pro Tag eine Ernährung von zweitausend Kalorien pro Person, also von sechzigtausend Kalorien im Monat, gewährleistet werden. Davon wird niemand korpulent – aber er wird ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt.

Das Pandemie-Jahr

2020 war für Innova ein gutes Jahr. Die Einsicht, gewisse Krisenvorsorge persönlich zu treffen, hat an Bedeutung gewonnen. Persönliche Unabhängigkeit von staatlichen Versorgungsstellen: Diese Zielsetzung gewinnt in der Öffentlichkeit an Boden. Innova-Produkte erlauben – wie Konsumenten, wie Nutzer dieser Produkte erklären – weit mehr als das blosses Überleben. Innova-Produkte würden schmackhafte Menüs auch in Krisenzeiten garantieren.

Das Geschäft blüht

Der Jahresumsatz von Innova erreicht – bei ausgeprägtem Wachstum – bereits eine hohe sechsstelligen Zahl. Doch auch die Konkurrenz nimmt zu, besonders jene, die ganz auf Online-Vertrieb setzt. Neuerdings ist in diesem Geschäftsbereich auch eine chinesische Firma aktiv.

Diese wachsende Konkurrenz hat Innova bewogen, ihr Sortiment über Grundnahrungsmittel hinaus auszuweiten. Heute werden auch Geräte, die in Krisenzeiten unverzichtbare Dienste leisten, angeboten: Ein Dreikilowatt-Generator, raffinierte Taschenlampen, Kochgeräte, ein Kurbelradio, Wasserfilter, Masken, Heizgeräte usw.

Der Markt für Selbstvorsorge im Blick auf Krisenzeiten erlebt deutliche Expansion.

S.

Das Gespräch mit Simon Schefer, Inhaber der Firma Innova Sicherheitstechnik AG in Wattwil/SG, führte Ulrich Schlüer.

»Narren
vermehren
sich, wenn
die Klugen
schweigen.«

Nelson Mandela

Nicht mit uns!

12 Prozent Mehrwertsteuer?

von David Trachsel, Präsident Junge SVP, Basel

Der AHV, unserem wichtigsten Sozialwerk, fehlen bis im Jahr 2045 rund 200 Milliarden Franken – das entspricht den Kosten von 12 Gotthard-Basistunnels. Die linke Allzeit-Lösung: Steuererhöhungen. Unsere Lösung: Die Renteninitiative.



Grund dafür: Der demografische Wandel. Die Menschen werden erfreulicherweise immer älter, beziehen entsprechend aber auch länger eine Rente der ersten Säule. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 folgten auf 44 Erwerbsjahre rund 13 Bezugsjahre. Heute sind es bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren durchschnittlich 23 Bezugsjahre. Zudem finanzierten vor 60 Jahren etwa sechs Erwerbstätige die AHV-Rente einer Person. Heute sind es noch 3,4 Erwerbstätige, und in 30 Jahren werden es nur noch zwei Erwerbstätige sein. Oder anders formuliert: Heute finanzieren etwas 5,3 Mio. Erwerbstätige die AHV-Renten von 1,6 Mio. Pensionierten. Im Jahr 2040 werden es immer noch ungefähr gleich viele Erwerbstätig sein, aber bereits 2,6 Mio. Rentner, welche finanziert werden müssen.

Geht es nach dem zuständigen Bundesrat Alain Berset und seinem Bundesamt für Sozialversicherungen, soll dieses Loch mit einer massiven Erhöhung der Mehrwertsteuer gestopft werden. Um fast vier Prozentpunkte auf knapp 12 Prozent müsste der Steuersatz steigen. Dies lehnen wir entschieden ab. Wir wollen keine Mehrwertsteuer wie in der Europäischen Union!

Renteninitiative

Zusammen mit den Jungfreisinnigen nimmt sich die Junge SVP der Herausforderung an. Wir bringen unsere AHV mit der Renteninitiative zurück auf einen finanzierbaren Kurs. Nur so kann auch die junge Generation dereinst mit einer AHV rechnen. Dass dies nicht nur mein Anliegen ist, zeigt der Sorgenbarometer der Credit Suisse wiederholt. Die Sicherung der AHV ist aus Sicht der Jungen eine der grössten Herausforderungen der Schweiz.

Konkret heisst dies, dass wir nicht nur immer länger leben können, sondern auch einige Monate länger arbeiten müssen, um unseren Ruhestand finanzieren zu können. Um unser wichtigstes Sozialwerk zu stützen, verlangt die Renteninitiative eine Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau – sowie dessen Koppelung an die Lebenserwartung.

«Wir können doch einfach die Mehrwertsteuer erhöhen»
Natürlich können wir dies. Doch die Erhöhung wäre massiv! Um die AHV schon nur bis 2045 zu sichern,

müsste die Mehrwertsteuer um fast vier Prozentpunkte angehoben werden. Ein Durchschnittsschweizer würde dadurch um deutlich mehr als 1'000 Franken pro Jahr belastet. Doch eine wirkliche Lösung ist es nicht. Weil die Lebenserwartung erfreulicherweise laufend steigt, müssten auch die Steuern dauernd erhöht werden. Das geht langfristig nicht auf. Nachhaltig ist deshalb nur eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters, wie sie die Renteninitiative vorsieht.

«Weshalb länger arbeiten, wenn über 55-Jährige bei einem Jobverlust bereits heute keinen Arbeitsplatz mehr finden?»

An dieser Stelle muss ich festhalten, dass die Arbeitslosigkeit unter den über 55-Jährigen geringer ist als beispielsweise bei jungen Erwachsenen. Problematisch ist vor allem folgender Punkt: Wenn ältere Personen arbeitslos werden, sind sie länger ohne Job; Stichwort: Langzeitarbeitslosigkeit.

Gemäss einer Deloitte-Studie fehlen der Schweiz aufgrund der demografischen Veränderung und des Beschäftigungswachstums bis 2030 aber rund 670'000 Arbeitskräfte. Gerade die über 55-Jährigen können diese Problematik entschärfen und werden aufgrund ihres Wissens und ihrer langjährigen Erfahrung zu gesuchten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

«Es können nicht alle länger arbeiten!»

Das stimmt. Eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters heisst aber nicht, dass in jeder Branche bis zum gesetzlichen Rentenalter gearbeitet werden muss. Bereits heute gilt zum Beispiel in der Baubranche ein Rentenalter von 60 Jahren. Dies ist auch künftig möglich. Die Sozialpartner können auch weiterhin für körperlich belastende Berufe einen Vorruhestand vorsehen.

David Trachsel

Unterschreiben Sie bitte den nebenstehenden Unterschriftenbogen und senden Sie ihn noch heute ein. Sie verhindern damit eine Mehrwertsteuer von 12 Prozent. Und Sie tun einen wesentlichen Schritt zu einer sicheren AHV! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Weitere Informationen zur Renteninitiative finden Sie auf renten-sichern.ch.

Zum CO₂-Gesetz

Politische Physik

von Hansruedi Tscheulin, Wimmis BE

Das «Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen» läuft Ende dieses Jahres aus. Das von den eidgenössischen Räten totalrevidierte Gesetz kommt nun am 13. Juni zur Abstimmung. Es verschärft und verteuert die Massnahmen, die getroffen werden sollen, um den Ausstoss an Kohlenstoffdioxid zu vermindern und schliesslich zu unterbinden.

Die Politik stützt sich auf die Berichte des IPCC, auch Weltklimarat genannt. Er wurde 1988 ins Leben gerufen mit dem Auftrag, erstens zu zeigen, dass das Kohlenstoffdioxid in der Lage sei, das Klima zu erwärmen, und zweitens, Massnahmen vorzuschlagen, wie diese möglicherweise katastrophale Erwärmung verhindert werden könne. Er hat also nicht die Aufgabe zu untersuchen, ob dieser Einfluss überhaupt existiert. Das wird einfach vorausgesetzt.

Allerdings sind nicht alle Schweizer der Meinung, der Einfluss des CO₂ auf das Klima sei bewiesen. Auch die horrenden Kosten stossen viele vor den Kopf. Die Zweifler ergriffen das Referendum, wobei rund 124'000 Unterschriften zusammengekommen sind. Aber die Befürworter des Gesetzes werden nicht müde, dafür zu werben.

Die Zweifler

Wenn einem Zweifler wie mir etwas auffällt, was anscheinend nicht stimmt, dann kann er versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Bei den Klima-Politikern stösst er auf taube Ohren. Die meisten Akademiker antworten entweder schon gar nicht oder dann in einem herablassenden Ton. Und wenn man sich untersteht zu behaupten, den Klima-Alarmisten sei ein fundamentaler Fehler unterlaufen, dann ist die ohnehin wackelige Korrespondenz zu Ende.

Der fundamentale Fehler

Es gibt den fundamentalen Fehler tatsächlich. Um ihn entdecken zu können, muss man folgendes wissen: In der naturwissenschaftlichen Physik gibt es intensive und extensive Grössen. Extensive Grössen hängen von der Grösse des Gegenstandes ab. Ein Beispiel: Ein Stein aus Granit ist leichter als ein Berg aus Granit, weil der Stein viel kleiner ist als der Berg. Das Gewicht ist eine extensive Grösse. «Extension» bedeutet Ausdehnung, Grösse. Extensive Grössen kann und darf man rechnerisch verändern. Der Stein wiegt zum Beispiel 5,4 kg. Wenn man ihn halbiert, zeigt die Waage 2,7 kg an, und das kann man auch berechnen. Den Berg zu wägen, ist ein bisschen schwierig; also lasse ich es bleiben.

Intensive Grössen hängen nicht von der Grösse des Gegenstandes ab. Ein Beispiel: Granit hat eine Dichte, auch spezifisches Gewicht genannt, von 2,7 g/cm³. Das gilt sowohl für den kleinen Stein als auch für den riesigen Berg. Intensive Grössen kann und darf man rechnerisch nicht verändern.



Das Bärenkässeli Marke «Simonetta» für den jungen Klimaretter. 3 mal 10 Rappen pro Tag, und der Planet ist gerettet!

Die Solarkonstante

Auf der Erde kommen etwa 1360 W/m² Sonneneinstrahlung an. Das ist ein intensiver Wert, und er hängt nicht von der Grösse der Erde ab. Das IPCC bietet ein Schaubild an, in dem es uns die Funktion der Treibhausgase, zu denen auch das Kohlenstoffdioxid gehört, erklären will. Zu diesem Zweck dividiert es die Solarkonstante durch vier und begründet es damit, dass der Querschnitt der Erde einen Viertel der Oberfläche ausmache, was auch stimmt. Der Weltklimarat macht also den fundamentalen Fehler, eine intensive Grösse rechnerisch zu verändern und der Grösse des Gegenstands anzupassen. Das darf man laut der naturwissenschaftlichen Physik nicht tun. Es muss sich hier also um eine Art politischer Physik handeln.

Fazit: Das CO₂-Gesetz beruht auf einem fundamentalen Fehler und muss deshalb abgelehnt werden.

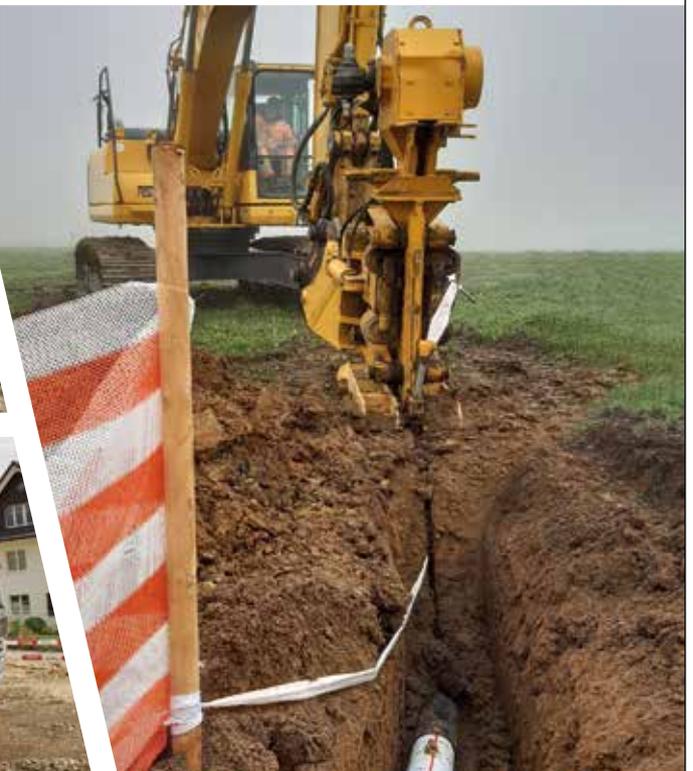
Hanspeter Tscheulin



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60



schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik

Schenk AG Heldswil

Neubuch 5

9216 Heldswil

T +41 71 642 37 42

info@schenkag.com

www.schenkag.com

Camille Lothe, junge, unternehmungslustige Frau, Präsidentin der Jungen SVP des Kantons Zürich, klagt die Gebühren-Hochtreiber in der Staatsbürokratie an: Jene, die mit dem CO₂-Gesetz jetzt auf deutliche Erhöhung der Flugpreise pochen, hätten, als sie selbst jung gewesen seien, die Chance gehabt, preisgünstig fast die ganze Welt zu bereisen. Darin hätten viele geschwelgt, die jetzt den heutigen Jungen das günstige Reisen zu vergällen trachten. Das sei höchst unfair.

Tages-Anzeiger-Polemik

Eine Anklage, die den Tages-Anzeiger auf den Plan rief: Camille Lothe, wird dort polemisiert, habe zwar durchaus richtig gerechnet. Dennoch atme ihre Forderung Niedertracht. Denn die Jungpolitikerin habe mit ihrer Anklage dreist unterschlagen, dass in der CO₂-Vorlage auch vorgesehen sei, einen nicht unbeträchtlichen Teil des Ertrags der Flugpreisverteuerung an die davon Betroffenen zurückfliessen zu lassen. Indem sie solche Langzeit-Erleichterung unerwähnt lasse, mache sich die Jungpolitikerin der Täuschung der Öffentlichkeit schuldig. So kanzelt der Tages-Anzeiger – Wächter über das Weltgewissen – selbstgerecht die unternehmungslustige junge Frau ab. Wie aber hält es der Tages-Anzeiger mit den Langzeit-Folgen, die aus der markant zu erhöhenden CO₂-Abgabe resultieren?

Die Langzeit-Folgen

Tatsächlich verspricht dieses Gesetz, dass ein Teil der verfügbaren Gebührenerhöhung auf Flugtickets an die Opfer dieser Erhöhung zurückbezahlt werden soll. Zwar spricht der Bundesrat von etwa sechzig Franken jährlich. Aber die Details will er erst nach der Abstimmung präsentieren.

Allerdings argumentiert der Camille Lothe tadelnde TA-Journalist auch mit Lücken. So, wenn er unterschlägt, dass die Sechzig-Franken-Offerte aus erwarteten Einnahmen aus dem Flugverkehr vor Corona errechnet worden sind. Ebenso, dass die Swiss – wie andere Fluggesellschaften auch – heute nur noch zwanzig Prozent des Vor-Corona-Umsatzes erzielt, und dass sie mit lange anhaltender Krise im Flugverkehr rechnet; das alles unterschlägt der angeblich auf Langzeitfolgen spezialisierte TA-Mann – sein Name lautet Stefan Häne – kurzerhand, obwohl er genau weiss, dass diese krisenhafte Entwicklung die zur Rückzahlung vorgesehenen Gelder massiv zusammenstauchen wird – während für die nicht im Überfluss schwelgenden Konsumenten keinerlei Gebühren-Erleichterung mit Rücksicht auf Corona stattfindet.

Weitere Folgen

Warum unterschlägt der «Langzeitfolgen-Spezialist» im Tages-Anzeiger, dass sämtliche Jungen von allen geplanten CO₂-Gebührenerhöhungen massiv getroffen werden? Dass der Treibstoffzuschlag jede Ware, die auf der Strasse dem Detailhandel zugeführt wird (dies

gilt für fast alle Konsumgüter), markant verteuern wird. Nur die Löhne der Jungen nicht. Warum «übersieht» der TA-Mann die in seiner eigenen Zeitung erst vor kurzem veröffentlichte Tatsache, dass der Bundesrat, um die an der Klimakonferenz zu Paris beschlossenen CO₂-Forderungen erfüllen zu können, die CO₂-Abgaben bis 2024 (bis in drei Jahren!) um volle 45 Prozent erhöhen will? Trifft das die Jungen nicht?

Durchsichtige Auswahl

Stattdessen schwärmt der Tages-Anzeiger von vorgesehener Reduktion der Krankenkassenprämien. Warum verschweigt er, dass der – auch vom Tages-Anzeiger vor wenigen Tagen als Fortschritt bejubelte – künftig jederzeit obligatorisch zu erfüllende Wunsch nach Geschlechtsumwandlung (oder Rück-Umwandlung) die Gesundheitskosten und damit auch die Krankenkassenprämien massiv nach oben treiben, Erleichterungen von ein paar Franken innert kürzester Zeit also auffressen wird?

Dass das CO₂-Gesetz höhere Gebühren fürs Heizen und teure, mietpreisrelevante Renovations-Investitionen an Wohnbauten zwingend auslöst: Warum verschweigt der Tages-Anzeiger diese unausweichliche Langzeitfolge?

«Das Gift der Desinformation»

Selbstgerecht den Wahrheitsapostel spielend, beschuldigt der TA die Jungpolitikerin skrupellos, sie streue «das Gift der Desinformation» in die Öffentlichkeit. Als Bundesrätin Sommaruga der Bevölkerung vorflunkerte, die CO₂-Gebührenerhöhung werde eine vierköpfige Familie höchstens um hundert Franken im Jahr – berechnet einzig aus der Benzinpreiserhöhung für das Familienauto – treffen: Warum hat der TA-Journalist – demonstrativ treuer Nachbeter der Obrigkeit – zu dieser bösen Wahrheitsverzerrung durch die für das Gesetz zuständige Bundesrätin das niederträchtige Wort vom «Gift der Desinformation» nicht auch aus dem Köcher seiner Giftpfeile gezogen?

Nachbeter informieren nicht. Nachbeter polemisieren.

us

WOHNUNG GESUCHT

Pensioniertes Ehepaar mit kleinem Hund sucht **2- bis 3-Zimmer-Parterrewohnung** im Zürich Unterland mit Parkplatz.

> Preis bis 1500.–

> Bezug September 2021 oder nach Vereinbarung

> Heinrich und Susanna Blickenstorfer

iPhone: 079 284 81 53

E-Mail: hsblick@bluewin.ch

Der Erste Weltkrieg und die «Swiss Mission» 1917

Getreideabkommen mit den USA

von Hanspeter Olbrecht, Kloten

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs drohte der Schweiz eine Hungersnot, weil die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln in Schieflage geriet. Der Unternehmer Hans Sulzer reiste im Auftrag der Landesregierung in die USA, um eine grössere Menge Getreide importieren zu können. Im folgenden Bericht wird zudem über die Möglichkeiten und Grenzen der damaligen Landwirtschaft berichtet sowie über die Zeit des Ersten Weltkriegs, wie sie der Vater des Verfassers erlebt hat.

Landwirtschaft damals: Das Heuen um 1920 erfolgte in mühsamer Handarbeit, wobei die ganze Familie mit-half. Der Heuwagen wurde mit zwei Pferden bespannt und konnte rund eine Tonne Heu transportieren. Die Bauernfamilie bewirtschaftete ein mittelgrosses Bauerngut. Kleinere Betriebe verwendeten als Zugtiere Kühe oder Ochsen. Öfters wurde auch bei einem Nachbarn mit ähnlich grossem Betrieb ein Pferd entlehnt. Daraus entstand der Begriff «zämespanne».

Beim Pflügen wurden als Zugtiere vielfach Kühe verwendet. Im Gegensatz zu Pferden, die «automatisch» geradeaus liefen, mussten die Kühe geführt werden. Bei grossem Einsatz gaben die Kühe wesentlich weniger Milch. Milch war jedoch die sicherste Einnahmequelle vieler Bauern.

Militärpferde im Einsatz in der Landwirtschaft

Artilleriepferde eigneten sich sehr gut für das Pflügen. War in einem Dorf das Militär mit Pferden stationiert, konnten Landwirte Pferde anfordern. In der Regel bekam eine Bauernfamilie zwei Pferde und einen Soldaten zugeteilt. Die Wehrmänner waren oft selber Bauernsöhne und verstanden das Metier. Zudem eigneten sich Trainpferde gut für die Waldwirtschaft.

Ackerbau und Viehbestand

Im Durchschnitt bauten Bauernfamilien rund 140 Aren Getreide und 28 Aren Hackfrüchte an. Der Rest des Landes bestand aus etwa sechs Hektaren Wiesen mit unterschiedlichem Nutzungswert. Viele



Bauer und Bäuerin beim Pflügen

Wiesenflächen waren weit vom Dorf entfernt. Der Nutztierbestand einer Bauernfamilie bestand in der Regel aus einem Arbeitspferd, drei Milchkühen und einigen Kälbern und Rindern zur Aufzucht. Es gab viele kleine, nicht rechteckige Grundstücke, die sich schlecht für Ackerbau eigneten. Hier war das Pflügen mühsam, weil dabei das Grundstück des Nachbarn mitbeansprucht werden musste.

Amelioration und Güterzusammenlegung

Viele Bauern bewirtschafteten einzelne, weit auseinanderliegende Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rund zehn Hektaren. Mit Güterzusammenlegungen konnten die Bauern die Feldarbeit wesentlich vereinfachen. Es gab weniger, dafür grössere Grundstücke. Durch die Melioration (Entwässerung) wurden auch die Erträge gesteigert. Güterzusammenlegungen dauerten oft Jahrzehnte. Vor der Melioration waren viele Landflecken Magerwiesen, nach der Melioration wurden die grösseren Grundstücke zu Ackerland.

Das Getreide-Abkommen von 1917 mit den USA

Ende Juli 1917 reiste Botschafter Hans Sulzer samt Familie und den Mitgliedern der Swiss Mission nach Barcelona und erreichte von dort nach einer zweiwöchigen Fahrt am 15. August 1917 New York. Eine Woche später überreichte Hans Sulzer als neuer Gesandter der Schweiz in Washington das Beglaubigungsschreiben an Präsident Wilson.



Bauernfamilie beim Heuen um 1920

Die offiziellen Verhandlungen über die Getreidelieferungen an die Schweiz begannen Ende August 1917. Das Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Amerika konnte im Dezember 1917 abgeschlossen werden, und die USA sagten die Lieferung von mindestens 240'000 Tonnen Getreide zu. Der Transport

des Getreides von Amerika bis Portugal fand mit amerikanischen Handelsschiffen, eskortiert von U-Booten, statt. Von Portugal bis Genf wurde das Getreide per Bahn befördert. Das Abkommen trug massgeblich zur Versorgungssicherheit der Schweiz in jener schwierigen Zeit bei.

Hanspeter Olbrecht

Erinnerungen von Gottlieb Olbrecht, Benken ZH

An den Ausbruch des Ersten Weltkrieges mag ich mich noch gut erinnern. Am Nachmittag des 1. August 1914 wurde der Landsturm im Nachbardorf besammelt. Nach einer kurzen Musterung marschierten die Männer, von Trommelwirbeln begleitet, Richtung Grenze. Gegen Abend erreichten sie unser Dorf und machten beim Gemeindehaus einen kurzen Halt. Ein Offizier verkündete: «Unsere Armee ist mobilisiert, und wir werden den Schutz unseres Vaterlandes übernehmen.»

Die Zivilbevölkerung war tief ergriffen. Der Dorfschreiber, ein älterer Mann, der an der Grenzbesetzung 1870/71 als junger Soldat mitgewirkt hatte, sprach vielen Anwesenden aus dem Herzen, als er verkündete: «Diese Männer kehren nie mehr heim.» Glücklicherweise bewahrheitete sich diese Prophezeiung nicht. Bereits nach wenigen Tagen wurden die Landsturmsoldaten entlassen. Der Grenzschutz wurde den Auszugssoldaten übertragen.

Die zweimal wöchentlich erscheinende Lokalzeitung wusste wenig über das Kriegsgeschehen zu berichten. An den Krieg erinnerten nur die baldige Lebensmittelknappheit und die Abwesenheit vieler junger Männer. Unsere Familie musste dank der eigenen Landwirtschaft und der Militäruntauglichkeit des Vaters nie Hunger leiden.

Unsere Nahrung bestand vorwiegend aus eigenem Gemüse und Kartoffeln. Landmaschinen waren zu jener Zeit noch ein Fremdwort. Handarbeit war gefragt. Wir Kinder mussten vor und nach der Schule und in den Ferien tatkräftig mithelfen. Weizenmehl und Brot wurden bald rationiert. Deshalb verwendeten meine Mutter Maismehl zum Backen. Fleisch war teuer und rar. Nur am Sonntag gab es ab und zu Fleisch, und jedes Jahr vor Weihnachten und im Februar wurde ein Schwein geschlachtet.

Im Laufe des Jahres 1917 wurden in Deutschland Kupfer und andere Baumetalle knapp. Aus Neutralitätsgründen durften solche Güter aber nicht aus der Schweiz nach Deutschland exportiert werden. In Deutschland wurden übersetzte Preise bezahlt. Die Versuchung war deshalb gross, diese Güter nach Deutschland zu schmuggeln und gegen Wertgegenstände einzutauschen. Unauffällig fuhren Lastwagen aus Richtung Schaffhausen durch unser Dorf und öffneten die Hintertüre, wenn sie die Dorfmitte

passierten. Jutesäcke mit klirrendem Inhalt wurden auf die Strasse geworfen. Ein junger Mann aus Mähren nahm sich jeweils dieser Schätze an. Er versteckte sie zuhause in Weinfässern und verkaufte sie auf dem Schwarzmarkt in Zürich.

Im Frühsommer 1917 war ein Teil der Dragonerschwadron 18 in unserem Dorf einquartiert. Sie hatte den Auftrag, den Fahrzeug- und Personenverkehr in Richtung Landesgrenze zu überwachen. Zu diesem Zweck wurden drei Posten entlang der Strasse Richtung Schaffhausen errichtet.

Am 2. Juli 1917, gegen 23 Uhr, fuhr ein Automobil mit grosser Geschwindigkeit, von Winterthur herkommend, durch unser Dorf. Trotz Halterufen und Warnschüssen der Posten hielt es nicht an. So eröffneten die Wehrmänner gezieltes Feuer. Nach einer kurzen, unkontrollierten Fahrt fuhr das Fahrzeug in einen Getreideacker und blieb dort stehen. Im Auto befanden sich zwei Insassen, welche sofort tot waren. Der Fahrer hiess Schmid und war deutscher Staatsangehöriger. Der Beifahrer war ein Österreicher namens Grünzweig. Das Auto war fahrtüchtig und wurde von den Soldaten in die Scheune des Herrn Statthalter gestossen. Am anderen Morgen schlichen mein Bruder und ich in die besagte Scheune. Das Auto hatte mehr als zwanzig Einschüsse. Der Fahrer musste am Hinterkopf getroffen worden sein. Es wurde eine militärische Untersuchung eingeleitet. Im Spätsommer tagte das Divisionsgericht im Gemeindehaus. Der Hauptmann wurde freigesprochen. Das Urteil wurde in der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen. Man war überzeugt, dass die Soldaten die ihnen übertragene Pflicht korrekt ausgeübt hatten.

Im Frühjahr 1918, nachdem die Russen aus dem Krieg ausgeschieden waren, vertraten die einflussreichen Einwohner unserer Gemeinde die Meinung, dass sich nun das Kriegsgeschehen zugunsten der Deutschen wenden würde. Dies schien ihnen gar nicht unwillkommen, denn immerhin hätten deutsche Wertpapiere bei einem Sieg sicher an Wert gewonnen. Zur allgemeinen Überraschung brach aber im Spätsommer 1918 der deutsche Widerstand zusammen und der Erste Weltkrieg endete mit der Niederlage der Deutschen und ihrer Verbündeten.

Gottlieb Olbrecht (Vater von Hanspeter Olbrecht)

Das **Covid-Gesetz** beendet die freie Schweiz

**Massnahmen bis 2031
finanzieren?**

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Rechte verlieren
für wacklige Entschädigungen?

**Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte**



Mehr Infos dazu:

www.CovidGesetz-NEIN.ch



FREUNDE DER VERFASSUNG
AMIS DE LA CONSTITUTION
AMICI DELLA COSTITUZIONE
AMITGS DALLA COSTITUZIUN



FRIEDLICHE BÜRGER AUF TERROR-LISTEN?

~~POLIZEISTAAT-
GESETZ (PMT)~~

13. JUNI

Nein!

CO₂-Gesetz: Ein weiterer Schritt ...

... in Richtung Öko-Diktatur

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Am 13. Juni 2021 wird der Schweizer Souverän an der Urne über Annahme oder Ablehnung des CO₂-Gesetzes zu entscheiden haben.



Die Befürworter dieses Gesetzes gehen von der Annahme aus, dass das Stimmvolk seine Zustimmung für etwas geben wird, das für jeden Einzelnen Mehrkosten bedeutet. Und dies mit der Gewissheit, damit keinerlei Auswirkungen auf das Weltklima bewirken zu können – in etwa vergleichbar mit der Beitragszahlung an eine dubiose

Sekte in der Hoffnung, beim Weltuntergang von Auserirdischen mit einem Raumschiff abgeholt und ins paradiesische Nirwana verschifft zu werden.

Ein Ablass-Handel

Allerdings besteht ein massgeblicher Unterschied zwischen dem von links-grünen Kreisen verordneten Klima-Ablass und einer Sekte: Bei der Klimareligion kann, im Gegensatz zu religiös verbrämten Gruppierungen, nicht jeder für sich entscheiden, ob er sein Geld aus dem Fenster schmeissen will. Vielmehr wird sein Obolus über Steuererhöhungen von Amtes wegen eingetrieben. Das CO₂-Gesetz ist ein Ablasshandel, mit dem sich der Gutsituierte von jeglicher Schuld freikaufen kann, während der finanziell Schwächere der Gelackmeierte ist.

Es gibt in diesem Zusammenhang einen treffenden Bilderschnitt. Darauf ist ein Krösus mit seinem ebenfalls reichen Freund zu sehen. Beide stehen vor ihren sündhaft teuren Autos, und einer sagt: «Hoffentlich kostet der Liter Benzin bald einmal fünf Franken, dann habe ich endlich freie Fahrt auf der Strasse.» Und damit kommen wir zum zweiten Aspekt des CO₂-Gesetzes – es ist der Wunsch, das tumbe Volk endlich zu erziehen. Das Ziel ist mitunter eine Bevormundung des Bürgers, wie er sich zu ernähren, zu bewegen und wie er generell zu leben hat.

Erziehung und Bevormundung

Und da reiht sich dieses CO₂-Monster lückenlos in die beiden Agrar-Initiativen betreffend «Trinkwasser» und «Pestizideinsatz» ein. Auch sie zielen klar in Richtung Erziehung und Bevormundung der Bürger. Interessanterweise sieht man in ländlichen Gegenden mit hoher Landwirtschaftsdichte bei nahezu allen Bauernbetrieben Plakate mit Nein-Parolen, während in den Städten vielerorts für ein zweifaches Ja geworben wird. Viele rot-grün angehauchte Stadtmenschen gehen offensichtlich von der grotesken Meinung aus, dass die Nahrungssicherheit der Schweiz mit «Urban Gardening» zwischen Solarpanels auf den Dachterrassen

von hypen Stadtdomizilen gewährleistet werden kann. Selbstverständlich verändert sich unser Klima laufend – und dass ein beträchtlicher Teil menschengemacht ist, stellt niemand in Abrede. Im Jahre 1950 zählte unser Planet 2,5 Milliarden Bewohner, und nur zwei Generationen später sind es bereits 7,5 Milliarden.

Masslose Zuwanderung

Dieses rasante Wachstum hat nachvollziehbar Auswirkungen, denn all diese Menschen müssen essen, trinken, heizen oder kühlen, sie fordern Mobilität, Gesundheit, Kommunikation und Konsum. Der Bundesrat hat aufgrund der Personenfreizügigkeit schweizweit eine jährliche Zuwachsrate von etwa 8'000 Ausländerinnen und Ausländern prognostiziert, und heute hat sich diese Zahl vervielfacht auf netto 60'000 bis 80'000 Menschen. Dass diese jährliche Erhöhung der Einwohnerzahl in der Grösse der Stadt Luzern Auswirkungen hat, negieren nur jene, die explizit für eine Zunahme der Einwanderung plädieren. Dass mit solchen Winkelzügen eine durchschaubare Politik betrieben wird, übersieht man in den links-grünen Kreisen tunlichst.

Fakt ist, dass mit dem CO₂-Gesetz das Heizen mit Heizöl und das Fahren mit Benzin teurer wird. Was das Heizöl betrifft, so werden die Mehrkosten mit Mietzinserhöhungen kompensiert, und die Benzinpreise betreffen nicht nur Sonntagsfahrer. Da ein Grossteil der Zulieferkette bis hin zum Endverbraucher mit Transportfahrzeugen erfolgt, bekommt bei einer Benzinpreiserhöhung nicht der Chauffeur weniger Lohn, sondern die Warenpreise werden steigen. Wer realistisch ist, erteilt diesem teuren Experiment eine Absage und legt beim CO₂-Gesetz, sowie bei der Trinkwasser- und Pestizidinitiative ein dreifaches «Nein» in die Urne.

Markus Melzl

100 Ehepaare bekommen so viele Kinder

(Durchschnitt der Jahre 2015–2020)

Eritrea: 410	Niger: 695
Schweiz: 154	Somalia: 612
Spanien: 133	USA: 178

Weiterführende Literatur: Dudo Erny
dudoerny@bluewin.ch

«Das Verschwinden der Europäer»

«Warum die Schweizer aussterben werden»



Thomas Wolf
Gastwirt
CO₂-Mehrkosten:
2'000.-

Gastronomie plattmachen?



Die **Coronakrise** hat dem Gastgewerbe, der Hotellerie und vielen anderen Gewerbebereichen **massiv geschadet!**



Und jetzt sollen unsere **Fixkosten durch das CO₂-Gesetz noch künstlich erhöht werden**: Diesel, Heizöl und Gas zum Kochen würden sich für mich um über 2'000 Franken pro Jahr verteuern!

In der jetzigen Situation ist aber **jeder Rappen Mehrkosten einer zu viel**. Dieses CO₂-Gesetz können wir uns beim besten Willen nicht leisten!»

Video anschauen:

Teuer. Nutzlos. Ungerecht.

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Missratenes
CO₂-Gesetz
Nein

Unterstützen Sie unsere Kampagne!



linktr.ee/neinco2gesetz

Zürcher Kantonsrat

Massnahmenpaket für wirtschaftlichen Aufschwung

Mit einer satten Mehrheit von 108 Stimmen hat der Zürcher Kantonsrat kürzlich das dringliche Postulat von Marcel Suter (SVP) und Thomas Vogel (FDP) an den Regierungsrat überwiesen. Die Kantonsregierung muss somit ein «Massnahmenpaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung» erarbeiten. Teil davon ist es, einen «heissen» Gastro-Sommer und -Herbst 2021 zu ermöglichen.



Die beiden Postulanten aus Thalwil ZH, nunmehr unterstützt von der Mehrheit der Kantonsräte, verpflichten die Zürcher Kantonsregierung, dass sie kurz-, mittel und längerfristige Massnahmen aufzeigt, um die Wirtschaft anzukurbeln, den Konsum zu fördern, die Bürokratie abzubauen und die Digitalisierung und Automatisierung im Kanton Zürich gezielt voranzutreiben.

Zum Durchstarten bereit

Zum Durchstarten bereit

Kurzfristig soll die Regierung namentlich Massnahmen zur Verbesserung der Konsumstimmung aufzeigen. Das Spektrum reicht von nachzuholenden Sonntagsverkäufen über Erleichterungen bei Bewilligungen für Gastronomie und Hotellerie bis zum Verzicht oder Teilerlass von Gebühren, welche in der Kompetenz des Kantons liegen. Attraktive Programme, welche Tourismus, Gastronomie und Detailhandel fördern, sollen einen intensiven «Gastro-Sommer und -Herbst» ermöglichen. Denn, so die Postulanten: «Hotels,

Restaurants und Geschäfte sind zum Durchstarten bereit!» Jetzt brauche es nur noch Unterstützungsmassnahmen und den Abbau bürokratischer Hürden.

Dringlichkeit gerechtfertigt

Die Dringlichkeit erachtet die kantonsrätliche Mehrheit als gerechtfertigt, weil das Ende der Corona-Krise – u. a. dank den Impfungen – in Reichweite sei. Für viele Unternehmen seien die wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht vollständig absehbar. Der Konjunkturschock werde auch nach dem Lockdown-Ende die Unternehmen weiterhin treffen. Deshalb brauche es seitens des Kantons rasche Massnahmen, um mit bestmöglichen wirtschaftliche Rahmenbedingungen für einen Aufschwung im Kanton Zürich zu sorgen und Nachholeffekte auszulösen.

Die «Schweizerzeit» gratuliert den beiden Postulanten zum Erfolg und fordert die Kantonsregierung auf, rasch einen konkreten Massnahmenplan vorzulegen, bevor die wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Schäden noch grössere Ausnahme annehmen und weitere Existenzen vernichtet werden. Das Postulat liegt ganz auf der Linie der «Schweizerzeit»-Aktion SOS KMU.

Tagesplan einer Bäuerin in den 1930er Jahren

hf. Kürzlich ist mir das Heft «Haushaltungskunde» meiner Mutter Berta Fehr-Meyer (1915–2001) aus Rüdlingen SH unter die Augen gekommen. Während des Haushaltungskurses im Winter 1934/35 an der landwirtschaftlichen Schule Charlottenfels in Neuhausen am Rheinfluss hat sie fein säuberlich den Sommer- und den Winterarbeits-Tagesplan einer Hausfrau (Bäuerin) aufgezeichnet.

Weitere Themen waren die Seifenherstellung (Natronlauge, Toilettenseife, Venezianische Seife, Leimseife, Schmierseife), ferner das Stärken der Herrenwäsche, das Waschen der Woldecken, die Kosten einer «einfachen Aussteuer» (mit Leib-, Bett-, Tisch- und Küchenwäsche) sowie die Berechnung einer Schlafzimmereinrichtung, einer Wohnstube und einer Küchenausstattung. Insbesondere der nachstehende Sommerarbeits-Tagesplan erscheint aus heutiger Sicht fast ungläublich.

5 Uhr	Aufstehen
5–5.15 Uhr	Morgentoilette
5.15–5.45 Uhr	Morgenessen kochen, Znüni richten
5.45–6 Uhr	Frühstück
6–6.20 Uhr	Hühner und Schweine füttern
6.20–7.30 Uhr	Hausarbeiten
7.30–11 Uhr	Feld- und Gartenarbeit
11–12 Uhr	Kochen
12–12.30 Uhr	Mittagessen
12.30–1.15 Uhr	Abwaschen und Zabig richten
1.15–3.30 Uhr	Feld- und Gartenarbeit
3.30–4 Uhr	Zabig essen
4–6.30 Uhr	Reben- oder Feldarbeit
6.30–7.20 Uhr	Hühner und Schweine füttern
7.20–7.45 Uhr	Nachtessen

7.45–8 Uhr	Abwaschen
8–9 Uhr	Garten- oder Flickarbeit
9–9.30 Uhr	Feierabend

(Im Winter begann das Tagwerk um 6 Uhr)

Eine kleine Reminiszenz

Eines Abends liegt auf der Bettdecke von Berta Meyer im Charlottenfels ein Liebesbrieflein von einem jungen Pfarrer, der im Charlottenfels für das Geistliche zuständig ist. Berta hat aber kein Interesse und erzählt ihrer Mutter später davon. Diese meint mit leisem Tadel: «Aber einem Pfarrer erteilt man doch keine Absage!»

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 16)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Um die Jahresmitte 2000 liegt der Jahresbericht des Vorjahres der Strafanstalt Pöschwies in Regensdorf ZH vor. Er offenbart einen insgesamt «sehr angenehmen Strafvollzug» für die damals 362 Insassen. Immerhin werden sie (noch) nicht «Kunden» genannt, wie im Sozialbereich zum Teil üblich.

Dazu einige Zahlen. Beispiel Verpflegung: Auswahl zwischen Normalkost, Moslemkost, vegetarischen Speisen, Kost für Diabetiker, Rohkost und leichter Kost. Kioskverkauf: 61'400 Zigarettenpackungen à 20 Stück, 38'016 Dosen Coca Cola, 25'584 Dosen Bier. Ausbildung: Diverse Handwerksberufe, v. a. Schreiner, Schlosser, Gärtner. Fernstudium: 4 Studenten. Medizinische Versorgung: 1'447 Gratisbehandlungen durch betriebseigenen Zahnarzt. Urlaube: insgesamt 1'319 gutgeheissene Hafturlaube.

*

Im Juli 2000 höre ich zum ersten Mal aus dem Mund von SVP-Präsident, Nationalrat (und selbstverständlich Auns-Mitglied) Ueli Maurer das Märchen vom «Kaiser mit den neuen Kleidern» des dänischen Volksdichters Hans Christian Andersen in politischer Anwendung. Der Kaiser wollte allen gefallen und trug aus Eitelkeit mehrmals täglich neue Kleider. Darob vergass er das Regieren und verprasste fast das ganze Staatsvermögen. Das nutzten zwei Spassvögel aus. Sie versprachen ihm – für viel Geld aus dem noch verbliebenen Staatsschatz – die schönsten Kleider auf der Welt herzustellen. Allerdings würden nur kluge Leute diese herrlichen Kleider sehen, für alle dummen würden sie unsichtbar bleiben.

Das gefiel dem Kaiser, und er willigte in den Handel ein. Weder die Minister noch der Kaiser gestanden

sich ein, dass sie von den angeblichen Kleidern gar nichts sahen – damit nahm das Theater seinen Lauf. Und so präsentierte der Kaiser dem Volk, das in dichten Reihen an der Strasse stand, seine neuen Kleider. Die Leute erschraaken, denn sie konnten keine Kleider sehen. Aber weil es sich so gehörte, applaudierten sie höflich. Denn sie wollten ja nicht dumm sein. Schliesslich brach ein kleines Kind den Bann und rief aus: «Der Kaiser ist ja splitternackt!»

Offensichtlich lassen sich hier wunderbare Parallelen zur Politik machen: Auch bei uns ist es an der Tagesordnung, gewisse (unangenehme) Dinge und Zustände nicht mehr beim Namen zu nennen. «Jahrelang», so Maurer, «hat man uns die AHV in den schönsten, farbigsten Kleidern geschildert. Nur die SVP hat sich dann getraut zu sagen, die AHV bzw. ihr finanzieller Zustand, sei ja «splitternackt.» Ein Aufschrei – wie auf der kaiserlichen Strasse – erscholl darauf durch Medien und Volk. Maurer nennt als weiteres Beispiel das «Messerstecher»-Inserat: «Bedenklich ist nicht das Inserat, sondern vielmehr, dass solche Gewalttaten in unseren Städten mehrmals täglich vorkommen – und dass man nicht darüber sprechen darf und sprechen will.»

Ueli Maurer hat Andersens Märchen seither immer wieder «politisch» benützt, weil der Vergleich (leider) immer wieder zutrifft. Derzeit ist zweifellos das CO₂-Gesetz ein aktuelles Beispiel: Dass Frau Sommaruga behauptete Gletscher- und Klimaretung «splitternackt» gegenüber der Tatsache dasteht, dass dieses unselige Gesetz diesbezüglich keine Wirkung hat, wird weitherum ausgeblendet.

*

Gegen die Volksinitiative «Ja zu Europa» (eigentlich müsste sie lauten «Ja zur EU»), über die am 4. März 2001 abgestimmt wird, schiessen wir von der Auns mit aller Kraft. Denn die Initiative verlangt, dass der

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Bundesrat mit Brüssel Beitrittsverhandlungen aufnimmt. Gewisse linke/europhile Schlaumeier argumentieren, dass Beitrittsverhandlungen noch längst kein Beitritt seien – als würde jemand solche Verhandlungen aufnehmen, ohne beitreten zu wollen ...

Wir stellen unseren Mitgliedern und allen Schweizerinnen und Schweizern im Sinne eines Argumentariums dreizehn konkrete Fragen, die ein vernünftiger Mensch nur mit NEIN beantworten kann, so unter anderem:

Wollen Sie die doppelte Mehrwertsteuer bezahlen? Wollen Sie, dass die Schweiz jährlich mindestens fünf Milliarden Franken an Brüssel zahlen muss? Wollen Sie, dass die Wohnungsmieten massiv steigen? Wollen Sie, dass die Arbeitslosenzahl der Schweiz auf EU-Niveau steigt und die Löhne sinken? Wollen Sie den starken Schweizer Franken durch den schwachen Euro ersetzen? Wollen Sie, dass unsere Landwirtschaft ruiniert wird? Wollen Sie die schweizerische Neutralität preisgeben? Wollen Sie unser Land den Despoten in Brüssel unterwerfen? Wollen Sie, dass Kriminelle beliebig in die Schweiz einreisen können? Wollen Sie unser Land nach 700-jährigem Kampf unserer Vorfahren für Freiheit und Unabhängigkeit für immer der Zentralmacht und den Richtern der EU unterwerfen?

Unsere Mitglieder, Gönner und Sympathisanten verteilen eine Million Flugblätter und hängen über 3'000 Plakate auf. Und siehe da: Die EU-Anschlussinitiative



Des Kaisers neue Kleider

wird am 4. März 2001 mit 76,7 Prozent Nein-Stimmen und durch sämtliche Kantone förmlich weggefeht. Hilflos versuchen Aussenminister Joseph Deiss und weitere EU-Turbos das vernichtende Nein in ein Ja für das «strategische Ziel» EU-Beitritt umzudeuten.

Wir stellen hingegen mit aller Deutlichkeit fest: Es gibt an diesem Verdikt nichts zu rütteln. Das Schweizer Volk will nicht ärmer werden. Es will seine Freiheit und seine weltweit einzigartigen Rechte nicht verlieren. Es ist einmal mehr die Aufgabe der Auns, dem Volkswillen zum Durchbruch zu verhelfen.

Nachdem auch heute wieder allerlei Schlaumeiereien und Märchen rund um den unsäglichen Rahmenvertrag Schweiz-EU herumgeboten werden, muss den Leuten klar gemacht werden: Dieser Vertrag ist von Grund auf falsch, daran ändern auch einige Retouchen nichts!

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2021: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



Geschenkgutscheine

à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier

Sensationelle

Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCoTex AG – 041 799 50 00



Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehlarmed?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an

Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen?

*Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 19.70*



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

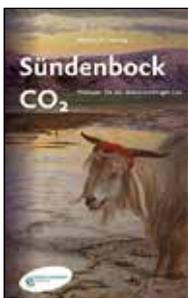
Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Macht-Eliten wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staats-

ordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.60*

AKTUELL



Sündenbock CO₂

Plädoyer für ein lebenswichtiges Gas

Markus O. Häring

Man tut im Blick auf die CO₂-Abstimmung so, als würde die Menschheit vom CO₂ vergiftet. Sachliche Auseinandersetzung mit der lebensnotwendigen Bedeutung von CO₂ ist entsprechend angebracht. Markus O. Häring,

ausgewiesener Kenner der Energie-Problematik, sich seit Jahren für die Entwicklung nachhaltiger Ressourcen einsetzend, tritt den Angstmachern entgegen, die mit der Energiewende die freiheitliche Wirtschaftsordnung ihrer Macht unterwerfen wollen

*Carnot-Cournot, Basel 2017, 180 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.80*



Noch normal? – Das lässt sich gendern!

Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung

Birgit Kelle

Gender-Politik, die Forderung nach freier – je nach Umständen wechselnder – Geschlechtswahl: Das wäre das Ende der Familie, das wäre die umfassende Gesellschafts-

Beherrschung durch die Staatsbürokratie. So wie Linksgrün solche Gender-Ziele beweihräuchert, so entschieden tritt ihnen die brillante Publizistin Birgit Kelle entgegen: Sie hält den Gender-Politikern den Spiegel der von ihnen angestrebten Gesellschafts-Zerstörung vor.

*Finanzbuch, München 2020, 302 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.–*



Unerwünschte Wahrheiten

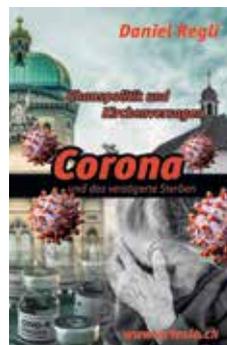
Was Sie über den Klimawandel wissen sollten

Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning

Seit die Menschheit das Klima wahrnimmt, ist das Klima Veränderungen unterworfen. Wärmeperioden wechselten mit Kälteperioden ab. Eine Tatsache, welche die Forscher

im UNO-Klimarat und ihre Anhänger hierzulande konsequent unterdrücken. Die behauptete Abhängigkeit der Temperatur vom CO₂-Ausstoss ist nicht belegbar.

*Langen Müller, München 2020, 347 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.50*



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entschiede der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

*Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 13.50*

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Agentterrorist

Eine Geschichte über Freiheit und Freundschaft, Demokratie und Nichtsodemokratie

Deniz Yücel

Der Autor, deutsch-türkischer Journalist, Korrespondent der «Welt» in Istanbul, wurde von Erdogan's Regime verhaftet und des Terrorismus beschuldigt. Die von Erdogan entfaltete Willkürherrschaft, die den Rechtsstaat mit Füßen tritt, kommt in diesem brisanten Hörbuch ebenso eindringlich zur Geltung wie das mit Staatsraison begründete lange Wegschauen von Angela Merkel, die Parteinahme für den entrechteten Inhaftierten als Gefährdung ihres mit Erdogan unter Milliardeninsatz geschlossenen Migranten-Zurückhaltungsdeals einstuft. Dieser Hörbuch-Hauptteil ist für jeden, der sich mit dem Islam befasst, sicher sehr aufschlussreich. Weniger überzeugend ist die politische Nachlese des unrechtmässig Inhaftierten mit dem Versuch, im linken Lager Unterstützung zu gewinnen mittels etwas gar simpler Abgrenzung von Rechts – einfach auf Viktor Orban und Christoph Blocher zielend.

tacheles/ROOF Music 2019, Hördauer 840 Min., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 26.–

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt

Und was Eltern jetzt wissen müssen

Josef Kraus

Unglaublich, in welcher Geschwindigkeit und mit welchem blindem Eifer Bildungsbürokraten die einst so hoch geschätzte Volksschule mit einer Flut von Reformen und blindem Aktivismus regelrecht an die Wand fahren.

Der Autor des Buches war, selbst Pädagoge, während dreissig Jahren ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbands. Er hat auch in der Schweiz mit Referaten grosses Echo ausgelöst.

Sein Buch zeigt im Detail, wie die Zerstörung des Bildungswesens vor sich geht und welche Mittel dafür eingesetzt werden. Nach dem Motto: Wer Kultur vernichten will, zerstört das Bildungswesen.

Davon berichtet dieses aufsehenerregende Buch.

us

Josef Kraus: «Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt – und was Eltern jetzt wissen müssen». Herbig, Stuttgart 2017, (Richtpreis Fr. 29.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.90

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm à Fr. 19.70
 Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 30.60

Aktuell

- Markus O. Häring – Sündenbock CO₂ à Fr. 26.80
 Birgit Kelle – Noch normal? – Das lässt sich ... à Fr. 26.—
 Vahrenholt, Lüning – Unerwünschte Wahrheiten à Fr. 30.50
 Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50

Hörbuch

- Deniz Yücel – Agentterrorist à Fr. 26.–

Buchzeichen

- Josef Kraus – Wie man eine Bildungsnation ... à Fr. 26.90

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(11/28.05.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 28. Mai 2021

Stammtisch-Live

Landwirtschaft: Wäre Import denn umweltfreundlicher?

Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt, und Nationalrat Manuel Strupler, Gartenbau-Unternehmer

Freitag, 4. Juni 2021

Stammtisch

CO₂-Gesetz: Die Nerven liegen blank

mit Nationalrat Mike Egger und Kantonsrat Paul Mayer.
Leitung: Ulrich Schlüer

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

11. Juni 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFIGHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Es taut

Mit düsterem politischem Umfeld konfrontiert, sehen wir «Schweizerzeit»-Autoren uns meist in der Pflicht, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Diesmal möchte ich aber über etwas Positives schreiben. Ganz in Anlehnung an Christoph Blocher, der in seinen Reden gerne auf die Botschaft des Malers Albert Anker verweist: «Siehe, die Erde ist nicht verdammt.»

Mit Freude ist nämlich zu beobachten, dass die Coronakrise tausende, wenn nicht zehntausende Menschen zur Hinterfragung politischer Zusammenhänge motiviert hat. Bürgerinnen und Bürger, die gemerkt haben, dass bei Corona «etwas nicht stimmt» und dies öffentlich äussern, haben einen Politisierungsprozess hinter sich, der sie mit grosser Wahrscheinlichkeit dazu bewegt, sich auch mit andern Themen auseinanderzusetzen. Heute Lockdown-Kritik, morgen der Kampf gegen das EU-Rahmenabkommen, welche unser ganzes Staatswesen in den Dauer-Lockdown schicken würde?

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die neue Generation von Corona-Massnahmenkritikern auch in anderen Kampffeldern auf der Seite der Freiheit stehen werden. Darauf deuten die frischen und sympathischen Auftritte an den vielen Demonstrationen hin, die fast Woche für Woche an einem anderen Ort stattfinden – und jeweils tausende Menschen mobilisieren.

Auch wenn die Medien die neuen Bürgerbewegungen als «Corona-Leugner» diffamieren: Die mit Trychlern, Schweizerfahnen und in friedlicher Stimmung versammelten Aktivisten lassen sich – aller Stigmatisierungsversuche zum Trotz – nicht als randständige Wirtsköpfe abstempeln. Hier vereinigt sich die berühmte «Mitte der Gesellschaft». Keine linken Weltverbesserer, sondern geerdete Bürger, die sich ernsthaft Sorgen um unsere Zukunft machen.

Viele von uns kennen aus ihrem Umfeld Teilnehmer von Corona-Demos, die sich zuvor noch nie politisch geäussert haben – und jetzt jede Woche auf die Strasse gehen. Aus Angst um die eigene Existenz und in der Überzeugung, dass die staatlichen Massnahmen keine Grundlage haben. Viele von ihnen sind zwar politische «Neulinge». Dafür bleiben sie aber erstaunlich standhaft. Durch keinen gesellschaftlichen Druck und keine Medienhetze lassen sie sich bis jetzt auseinander dividieren – an jeder Kundgebung werden laufend mehr Teilnehmer gezählt.

Hoffen wir, dass hier eine bodenständige, sachliche und friedliche Bewegung entsteht, die den Mächtigen auf die Finger schaut und die direkte Demokratie belebt. Nötig wär's.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt** 